



POSITIONSPAPIER

KURS HALTEN – KRISE BEWÄLTIGEN KLIMASCHUTZ UND GESELLSCHAFT- LICHE GESUNDHEITSVORSORGE STÄRKEN

Positionierung der SHK-Verbandsorganisation zu den Perspektiven
für das SHK-Handwerk in und nach der Corona-Krise

ZVSHK, 26. Mai 2020

KURS HALTEN – KRISE BEWÄLTIGEN KLIMASCHUTZ UND GESELLSCHAFTLICHE GESUNDHEITSVORSORGE STÄRKEN

POSITIONIERUNG DER SHK-VERBANDSORGANISATION ZU DEN PERSPEKTIVEN FÜR DAS SHK-HANDWERK IN UND NACH DER CORONA-KRISE

- > **Krise bewältigen:** Inlandsnachfrage stimulieren, Vertrauen vermitteln
- > **Kurs halten im Klimaschutz:** Herausforderung Klimaschutz mit beschlossener Maßnahmenpaket weiter verfolgen!
- > **Gesellschaftliche Gesundheitsvorsorge stärken:** Badausbau fördern
- > **Bürgerengagement fördern:** Aktivierung von Privatkapital
- > **Freiraum schaffen:** Bürokratieabbau vorantreiben
- > **Kommunen unterstützen:** Investitionen statt Haushaltssperren

1. DIE SHK-BRANCHE IN DEUTSCHLAND

Der Zentralverband Sanitär Heizung Klima (ZVSHK) ist die Landesorganisation von 48 000 Handwerksbetrieben mit fast 375 000 Beschäftigten. Der Jahresumsatz des Sanitär-, Heizungs- und Klimahandwerks lag 2019 bei 46,5 Mrd. Euro. Die 24 000 Innungsbetriebe erwirtschafteten mit ihren 215 000 Beschäftigten fast zwei Drittel des Gesamtumsatzes und haben im Jahr 2019 unter anderem rund 520 000 Bäder saniert und ca. 540 000 Heizungen (energieeffizient) modernisiert.

2. AUSGANGSLAGE IM SHK HANDWERK – DIE SITUATION UND IHRE FOLGEN

Die Ausbreitung des SARS-CoV-2-Virus hat inzwischen auf alle Bereiche unserer Gesellschaft massive Auswirkungen. Die damit verbundenen direkten und indirekten Auswirkungen stellen unsere Wirtschaft vor enorme Herausforderungen. An dieser Stelle gilt zunächst der Bundesregierung und den Länderregierungen Dank für ihre bislang geleistete, gute Arbeit. Diese war bislang ausschlaggebend dafür, dass das Virus in Deutschland effektiv eingedämmt, gleichzeitig die Versorgung der Bevölkerung in Deutschland gesichert und die massiven negativen Effekte auf unsere Wirtschaft abgemindert wurden.

48 000 SHK-Handwerksbetriebe sind seit Beginn der Corona-Krise vielfach in Notdiensten in vielen Bereichen der Wasser- und Energie-/Wärmeversorgung für Betreiber „Kritischer Infrastrukturen“ tätig und haben mit

dazu beigetragen, notwendige Infrastrukturen stabil zu halten und Versorgungssicherheit zu erhalten. Das Krisen- und Notfallmanagement in diesen Bereichen war und ist eine Daueraufgabe höchster Priorität.

Parallel hat das SHK-Handwerk, wie auch andere Wirtschaftsbereiche, in seinem Kerngeschäft inzwischen zunehmend Einbrüche hinzunehmen: Laut aktuellen repräsentativen Umfragen im SHK-Handwerk berichtet rund jeder dritte Betrieb über Umsatzrückgänge in den letzten vier Wochen zwischen 30 bis 40 Prozent. Über Auftragsstornierungen klagen ungefähr 50 Prozent, insbesondere von privaten Auftraggebern. Der bestehende Auftragsbestand wird abgearbeitet, Neuaufträge gehen zurück bzw. tendieren gegen Null.

Gründe sind u. a. die Angst vor Infektion durch fremde Personen bzw. Handwerker im eigenen Wohnbereich, finanzielle Einbußen, z. B. durch Kurzarbeit und Investitionszurückhaltung durch berufliche Unsicherheiten. 85 Prozent der Kleinstbetriebe im SHK-Handwerk melden Einbußen bei den Service- und Wartungsaufträgen. 34 Prozent der befragten Betriebe haben mit Baustellenunterbrechungen zu kämpfen, ein Sechstel bestätigt Baustellenstopps. Gewerbliche und öffentliche Entscheidungsträger weisen darauf hin, dass sie erst abwarten wollen, wie die Finanzsituation sich entwickelt. Derzeit steigt die Quote der Handwerker, die mit Lieferengpässen zu kämpfen haben, auf nun schon 40 Prozent.

Bei weiter ausbleibenden Neuaufträgen wird es ab August 2020 im SHK-Handwerk zu folgenschweren wirtschaftlichen Problemen kommen. Im Ausblick wird die zu erwartende schwere Rezession im Euroraum bis weit ins Jahr 2021 hinein zu weiterer Verunsicherung und Investitionszurückhaltung im Endkundenbereich führen. Vermieter müssen Einbußen bei den Mieteinnahmen befürchten. Städte und Gemeinden geraten aufgrund des zu erwartenden Rückgangs bei den Steuereinnahmen in eine immer schwierigere Situation und halten zunehmend Neuaufträge zurück. Für das SHK-Handwerk werden aber gerade dann Sanierungsmaßnahmen im öffentlichen Gebäudebestand essentiell werden, um Arbeitsplätze und Betriebe zu sichern.

3. SCHAFFUNG KURZFRISTIGER ANREIZE FÜR INVESTITIONEN UND DIE SICHERUNG VON ARBEITSPLÄTZEN

Kurzarbeit, Liquiditätshilfen, Steuerstundungen und Zuschüsse haben in der ersten Phase geholfen, Liquidität zu sichern und Insolvenzen zu reduzieren. In Verbindung mit einer nun zu planenden Exit-Strategie werden befristet andere Impulse notwendig sein, die die Wirtschaft wieder in Gang bringen und helfen, Sorge und Unsicherheit als retardierendes Moment

zu überwinden: Es gilt, schnell befristet wirksame Anreize zur Stärkung der Inlandsnachfrage zu setzen und damit Vertrauen und Zuversicht zu vermitteln, jetzt zu investieren und nicht weiter abzuwarten.

Bestehende globale und nationale gesellschaftliche Herausforderungen, wie der Klimaschutz oder die Herausforderungen einer in Deutschland weiter alternden Gesellschaft, verschwinden mit der Coronavirus-Krise nicht. Politische Maßnahmen können und sollten sich deshalb auf nationaler wie internationaler Ebene gerade jetzt verstärkt an Prinzipien von ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit und Zukunftsverträglichkeit orientieren.

Gerade in diesen Bereichen bieten innovative Konzepte die Chance, die Bevölkerung mitzunehmen. Über 2.500 Mrd. Euro liegen derzeit unverzinst und nicht nachhaltig eingesetzt auf deutschen Spar-/Festgeldkonten. Dieses Kapital kann zusätzlich aktiviert werden und helfen, den Einsatz staatlicher Mittel nicht überzustrapazieren.

Der ZVSHK empfiehlt vor diesem Hintergrund folgende Maßnahmen:

> **Kurs halten: bestehende Förderkulisse verstetigen!**

Die erste Anforderung an jegliches Konjunkturprogramm ist: Kurs halten. Das heißt, auch trotz aktueller Widrigkeiten an den vereinbarten Klimaschutzziele festzuhalten und am hierfür gesetzten ökonomischen Rahmen. Kurz vor der Krise hat die Bundesregierung im Rahmen des Klimapakets Maßnahmen auf den Weg gebracht, die erhebliche Anreize setzen. Diese Programme haben großes Potenzial, das noch lange nicht ausgeschöpft ist. Die inzwischen aufgebauten Antragszahlen der BAFA-Förderung (plus 170 Prozent gegenüber dem Vorjahr) bestätigen deren Erfolg. Es darf auf keinen Fall einen Antragsstopp bei Überschreitung des bisherigen Budgets von 435 Mio. Euro geben. Dies würde alles Erreichte konterkarieren, Investoren in der aktuellen Krisensituation noch weiter verunsichern und hätte verheerende Auswirkungen auf das SHK-Handwerk und den gesamten nachgelagerten Wirtschaftszweig.

Politisch wäre dies im Hinblick auf die selbstgesetzten Klimaschutzziele der Bundesregierung zudem nicht vermittelbar. Die Durchfinanzierung der BAFA- und KfW-Programme muss deshalb zwingend sichergestellt werden.



> **CO2-Bürgerfonds zur Aktivierung von Privatkapital und zusätzlicher Alterssicherung auflegen**

Um die Staatsfinanzen nicht weiter zu strapazieren und einer breiten Bevölkerungsbasis zusätzliche Anreize zu bieten, jetzt in die eigene Zukunft in Deutschland zu investieren, könnte ein „CO2-Bürgerfonds“ als innovatives Konzept aufgelegt werden, das zusätzlich zu den bestehenden Fördermaßnahmen ein nachhaltiges Konjunkturprogramm zur Stabilisierung des Wärmemarktes und damit die Erreichung der Klimaschutzziele der Bundesregierung weiter absichert. Vorstellbar wäre ein für Anleger verzinslicher Fonds, der vorhandenes Privatkapital aktiviert und per zinslosem Darlehen für Energieeffizienzmaßnahmen im Gebäudebereich zur Verfügung stellt. Zur Realisierung des Renditeversprechens könnte einerseits ein Teil der Mittel aus einer erweiterten, im Kern aktuell sowieso gegebenen staatlichen Neuschuldenaufnahme breit diversifiziert in Unternehmen der deutschen Wirtschaft angelegt werden. Erwirtschaftete Renditedifferenzen, zwischen dem aufgrund der hohen Bonität des deutschen Staates günstigen Schuldensins und einer im Rahmen einer absehbaren wirtschaftlichen Erholung sehr wahrscheinlichen Rendite, könnten zur Verzinsung für die Anleger herangezogen werden. Andererseits ließe sich weiterer Renditebaustein aus abgewendeten CO2-Strafzahlungen speisen, für die bereits jetzt und in künftigen Bundeshaushalten Rücklagen vorgesehen werden (Klima-Zinsen). Auf diesem Weg könnten ohne zusätzliche Haushaltsbelastungen, unter Ausnutzung des besonderen Vertrauens der Anleger in die Solidität der deutschen Staatsfinanzen, beispielsweise in Deutschland in einem 10-Jahresprogramm über 10 Millionen veraltete und ineffiziente Heizanlagen durch moderne und EE-unterstützte Anlagen ausgetauscht werden. Damit wäre ein jährlicher Umsatz von geschätzt 20 Mrd. Euro möglich (1 Mio. Modernisierungen/Jahr * durchschnittlich 20.000 Euro Investition). Damit verbunden ist allein eine Mehrwertsteuereinnahme von 3,8 Mrd. Euro p. a. und weiteren Steuereinnahmen durch höhere Umsätze und Erträge in Industrie und Handwerk, bei gleichzeitiger Kapitalinvestition in die deutsche Wirtschaft und Schaffung eines neuen rentablen privaten Rentenbausteins für die Bevölkerung. Bei einer durchschnittlichen CO2-Reduktion pro Modernisierung von 3,5 Tonnen (unter Einbindung EE) ergäbe sich alleine durch diese Maßnahme für den Klimaschutz ein CO2-Reduktionsbeitrag von 35 Mio. Tonnen. Der Bundesdeutsche Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management e. V. (B.A.U.M.) schlägt ein ähnliches Vorgehen vor, um die Klimaschutzförderung in der Wiederaufbauphase nach Corona zu flankieren.



> **Ergänzend befristete steuerliche Anreize schaffen**

Durch einen zeitlich begrenzten „steuerlichen Corona-Bonus“ auf entsprechende Handwerksleistungen können private Investitionen in klimaschonende und altersgerechte Gebäudetechnik zusätzlich angereizt und damit auch das Anlaufen der Vermarktung eines CO₂-Fonds weiter unterstützt werden.

> **Steuerliche Förderung auf BAFA-Förderniveau anheben**

Die steuerliche Förderung in Höhe von 20 Prozent könnte im gleichen Zeitraum auf die BAFA-Fördersätze angehoben werden. Kürzere Abschreibungszeiten und eine Erhöhung der maximalen Fördersumme wären sinnvoll. Alternativ hierzu könnte ermöglicht werden, die bisherige steuerliche Förderung mit der BAFA-Förderung gemäß MAP befristet zu kumulieren.

> **Gesellschaftliche Gesundheitsvorsorge stärken**

Um die private und gewerbliche Investitionsbereitschaft anzuregen, sind neben den vorgenannten Investitionsanreizen für den Klimaschutz auch bei anderen gesamtgesellschaftlichen Aufgaben gezielte Anreize zur Aktivierung von Kapital sinnvoll. Nachhaltigkeit, Gesundheit, barrierefreies, altersgerechtes Wohnen sind Themen, für die in Deutschland Lösungen gefunden werden müssen, die in der Breite zu individuellem Handeln anregen.

Die aktuelle Krise zeigt mehr als deutlich auf: Um nicht an die Belastungsgrenzen zu gelangen, benötigt der Medizinstandort „Krankenhaus“ in Deutschland eine gestärkte Säule dezentraler Pflege-, Gesundheits- und Quarantäneversorgung in den eigenen vier Wänden. Eine weitere Konzentration von finanziellen Mitteln und Kapazitäten alleine auf stationäre Einrichtungen in Krankenhäusern wäre weder aus Kosten- noch gesundheitlichen Gründen sinnvoll, denn auch das Risiko nosokomialer Infektionen ist dort für Risikogruppen ungemein größer.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) ist aktuell skeptisch, ob das neue Corona-Virus nach seiner rasanten Ausbreitung rund um den Globus überhaupt noch eliminiert werden kann. Das private Krankenzimmer – insbesondere die Pflege im Bad zuhause – sollte vor diesem Hintergrund nicht länger tabuisiert werden. Ein umfassendes Konzept zum präventiven Umbau häuslicher Badsituationen zu Gesundheitsstandorten wäre insbesondere für die zahlenmäßig wachsenden Risikogruppen in Deutschland notwendig. Wichtig in dem Zusammenhang ist auch die Förderung digitaler Ferndiagnose-Systeme für die dezentrale ambulante Versorgung.



Der gesundheitspolitische Grundsatz „ambulant vor stationär“ bedarf in den kommenden Jahren ohnehin erheblicher Mehrinvestitionen, wenn ein Kollaps der Pflegekassen vermieden werden soll. Denn das Modell kann nur erfolgreich sein, wenn private Häuslichkeit zu einem Gesundheitsstandort umgebaut wird, der perspektivisch auch den Arbeitsplatzgesichtspunkten der beruflichen Pflege Rechnung trägt. Ein wichtiger Anreiz, der wiederum zielgerichtete Inlandswertschöpfung aus privatem Kapitaleinsatz bewirken würde, wäre im ersten Schritt zumindest eine Erhöhung des Fördervolumens sowie des Zuschussanteils im KfW-Investitionszuschussprogramm „Barrierereduzierung“ (455-B) zur baulichen Vorsorge u. a. in altersgerechte Bäder.

> **Investition statt Haushaltssperren auf kommunaler Ebene**

Die zunehmende Zurückhaltung der Auftraggeber ist ein Alarmsignal. Gerade die öffentliche Hand muss in der aktuellen Situation eine Vorbildfunktion wahrnehmen. Kommunen leiden besonders unter der Corona-Pandemie. Zum einen brechen ihnen Gewerbesteuererinnahmen in erheblichen Größenordnungen weg, zum anderen steigen die Soziallasten. Vielerorts wurden bereits Haushaltssperren verhängt. Zur Bewältigung der Finanzmarktkrise 2008/2009 hat sich die Einrichtung eines kommunalen Investitionsfonds bewährt. Jetzt ist die Gelegenheit, den Sanierungsstau in Deutschland weiter abzubauen. Allein im Bereich der Schulen besteht ein Investitionsstau von 43 Mrd. Euro. Orientiert an vorgenannten gesellschaftlichen Zielen könnten insbesondere Investitionen in die energetische und hygienisch-sanitäre Sanierung in Schulen und anderen Gebäuden der öffentlichen Hand mit entsprechenden Programmen forciert werden.

Auch müssen Genehmigungs- und Vergabeverfahren für gewerbliche Baumaßnahmen befristet vereinfacht und damit beschleunigt werden. 2008 waren die Beschleunigung von Verfahren und Lockerung regulativer Rahmen wichtige konjunkturelle Mittel. Aktuell herrscht erschreckender Stillstand. Bund und Länder stehen in der Pflicht, dass die in den letzten Wochen nicht mehr oder nur im Notbetrieb arbeitsfähigen Behörden und Ämter vor Ort zügig wieder ihre grundsätzliche Arbeitsfähigkeit zurückgewinnen. Statt aufwändiger öffentlicher Ausschreibungen könnten Schwellenwerte für freihändige Vergaben kurzfristig erhöht und auf diesem Weg Aufträge für Heizungsmodernisierungen sowie Sanierungen von WC-, Dusch- oder Umkleibereichen in öffentlichen Einrichtungen, wie Behörden, Schulen, Sportstätten, Schwimmhallen, schnell und unbürokratisch auf den Weg gebracht werden.



> **Freiraum durch Bürokratieabbau schaffen**

Gerade in der aktuellen Zeit brauchen insbesondere kleinere Unternehmen mehr zeitlichen Freiraum, um sich auf die Krisensituation auszurichten und auf die Zukunftssicherung ihres Geschäftes konzentrieren zu können. Aufbewahrungsfristen verkürzen, Förderverfahren vereinfachen, Dokumentations- und Meldepflichten zurückführen, die das Handwerk überproportional belasten: Der Aufwand je Beschäftigtem ist bei kleinen Betrieben im Schnitt sechsmal höher als im Durchschnitt aller meldepflichtigen Unternehmen. Zum Abbau von bürokratischen Belastungen hat der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) zahlreiche Möglichkeiten zusammengetragen, deren Inangriffnahme oder auch nur temporäres Aussetzen ad hoc zu Entlastungen führen würden, die sich unmittelbar finanziell positiv bei den Betroffenen auswirken können. Dies würde den Staatshaushalt nicht zusätzlich belasten und könnte auch der Evaluierung eines tatsächlichen Erfordernisses bestehender Kontrollregelungen dienen.

